

Niederschrift

(öffentlicher Teil)

über die **Sondersitzung des Stadtrates der Stadt Coswig (Anhalt)**

Sitzungstermin:	Dienstag, 29.01.2013
Sitzungsbeginn:	18:30 Uhr
Sitzungsende:	19:01 Uhr
Ort, Raum:	im Ratssaal, Am Markt 1,

Vorsitzender war: **i.V. Stadtrat Nössler**

Stellvertretender Vorsitzender war: **Stadtrat K. Schröter**

Anwesend waren:

Fraktion der CDU/FDP

Herr Rüdiger Heinemann
Frau Karin Keck
Herr Norbert Knichal
Herr Ingo Künne
Herr Peter Nössler
Herr Lothar Pohl
Herr Volker Riedel
Herr Stefan Rothelius
Herr Burkhard Schröter
Herr Karl-Heinz Schröter
Herr Alfred Stein
Herr Henry Stricker
Herr Wolfgang Tylsch
Herr Henry Niestroj

Fraktionslos

Herr Joachim Krüger
Herr Günther Lutze

Fraktion der SPD

Herr Manfred Ertelt
Frau Gisela Gebauer
Frau Petra Gorn
Herr André Saage

Fraktion DIE LINKE

Frau Silke Amelung
Herr Klaus Krause
Herr Siegfried Nocke

Fraktion des Bürgerblocks

Herr Ronald Siegert
Herr Enrico Zinne

Fraktion der FWG

Herr Wolfgang Lewerenz
Herr Sven Schiller
Herr Kurt Schröter

Es fehlten entschuldigt:

Bürgermeisterin

Frau Doris Berlin

Fraktion der CDU/FDP

Herr Albrecht Hatton
Herr Hans-Peter Klausnitzer

Fraktion des Bürgerblocks

Herr Olaf Schumann

Außerdem waren anwesend: 2 Gäste, 1 Vertreter der Presse (MZ), 5 Mitarbeiter der Verwaltung,
Sachverständige: Herr Krmela, Frau Beier (Büro für Stadtplanung)

Beschlussfähigkeit war gegeben:

war nicht gegeben:

Protokoll:**1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit. Bestätigung der Tagesordnung**

Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden, eröffnete die Sitzung und teilte mit, dass die Sitzung für das Protokoll auf Tonträger aufgezeichnet wird und weitere Tonbandaufnahmen nicht zugelassen sind.

Er machte die Gäste auf die ausliegenden Beschlussvorlagen des öffentlichen Teiles aufmerksam. Anschließend stellte er die fristgemäße Einladung der Stadträte fest und verwies auf die Veröffentlichung im Amtsblatt und im Schaukasten am Rathaus.

Er teilte mit, dass die Tagesordnung in Übereinstimmung mit der Bürgermeisterin aufgestellt wurde. Danach stellte er die Beschlussfähigkeit fest (es sind 28 Stadträte anwesend).

Danach erfolgte die Abstimmung der Tagesordnung wie folgt:

Mitglieder		Abstimmungsergebnis			
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
32	28	0	28	0	0

2. Hinweis auf den § 31 GO LSA "Mitwirkungsverbot" zu Tagesordnungspunkten dieser Sitzung

Der Vorsitzende gab folgenden Hinweis: Sollte ein Mitglied des Stadtrates vom Mitwirkungsverbot betroffen sein, ist dies vor Beginn der Diskussion zu dem entsprechenden TOP unaufgefordert mitzuteilen und die betreffende Person hat im öffentlichen Teil der Sitzung im Zuschauerraum Platz zu nehmen.

3. Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 27 "Die Probst Hufen" - Billigungs- und Auslegungsbeschluss**Vorlage: COS-BV-580/2012**

Stadtrat Krause fragte an, wer die ökologische Baubegleitung veranlasst und durchführen wird, die auf Seite 21 der Zusammenfassung erwähnt wird.

Frau Englerth antwortete, dass der Investor mit der Baugenehmigung beauftragt wird, dafür Sorge zu tragen, dies umzusetzen, was von der Bauverwaltung kontrolliert wird. Die Kontrolle erfolgt einmal jährlich. Der Investor muss eine Bürgschaft hinterlegen, welche nur zurückgezahlt wird, wenn er die Auflagen erfüllt hat. Ist dies nicht der Fall, wird das Geld für die Umsetzung und Durchführung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genommen.

Stadtrat Riedel teilte mit, dass er im Bauausschuss gegen die Beschlussvorlage gestimmt hat, da er der festen Überzeugung ist, dass eine solch große zusammenhängende Fläche besser als Gewerbestandort für Coswig geeignet wäre. Mit diesem Vorhaben werden die auf dem Grundstück befindlichen Altlasten im Boden nicht beseitigt. Aus den Unterlagen geht eindeutig hervor, dass auf dem Gelände viele geschützte Tier- und Pflanzenarten vermutet werden. Auch stimmt es seiner Meinung nach nicht, dass mit dem beschleunigten Verfahren parallel dazu noch alle erforderlichen Entscheidungen getroffen und festgelegt werden können. Dies führt nur für den Investor zu zeit- und verfahrensbedingte Ersparnisse.

Er führte zu den in der faunistischen Potentialanalyse gemachten Untersuchungsergebnissen aus, dass diese aufgrund des engen Zeitfensters und der falschen Jahreszeit nicht durchgeführt werden konnten. Aus diesem Grund sollte eine umfangreiche Untersuchung über einen längeren Zeitraum durchgeführt werden. Er betonte noch einmal, dass er dieser Beschlussvorlage nicht zustimmen wird und verlangt eine ordnungsgemäße Prüfung.

Stadtrat Stricker verwies ebenso darauf, dass der Stadt keine großen Gewerbeflächen mehr zur Verfügung stehen, womit er die zukünftige Entwicklung als Industriestandort als gefährdet sieht. Selbstkritisch stellte er fest, dass der Stadtrat und die Stadt es versäumt haben, auf den Besitzer dieser Flächen zuzugehen, um gemeinsam nach Investoren zu suchen, die Arbeitsplätze für unsere Bürger schaffen. Dies soll aber nicht bedeuten, dass diese Fläche nun mit aller Kraft unbedingt bebaut werden muss. Er machte deutlich, dass dem Investor bereits 4 ha für Fotovoltaik zur Verfügung gestellt wurden, die bereits genutzt werden und die restliche Fläche auch noch damit zu bebauen, sieht er als einen Fehler. Er wies darauf hin, dass durch die Landesanstalt für Altlasten des Landes Sachsen-Anhalt Investoren und Grundstückseigentümer bei der Beseitigung von Altlasten unterstützt werden. Als Beispiel nannte er die Sanierung der Marina. Seiner Meinung nach ist die geplante Bebauung aus Sicht der Stadtentwicklung nicht nur aus optischen Komponenten heraus unnötig. Die Fläche wird damit auch der wirtschaftlichen Entwicklung entzogen.

Stadtrat Tylsch bekannte sich dazu, sich mit diesem Thema bis Dezember nicht ausreichend beschäftigt und diese Thematik nur oberflächlich behandelt zu haben. Es wurden bereits Beschlüsse zu Fotovoltaikflächen gefasst, welchen er heute nicht mehr seine Zustimmung geben würde. Er will alternative Energie nicht in Frage stellen und schätzt den Weg, welcher in Deutschland gegangen wird, auch als richtig ein, nur sollte diese Energie auch von der Bevölkerung angenommen werden und bezahlbar sein. Er verwies auf die derzeit in die Medien gebrachte Diskussion zur Kostenbelastung der Wirtschaft und der Bürger für alternative Energie und die Absetzung der EEG-Umlage durch die Bundesregierung. Er machte deutlich, dass bei der Betrachtung der Gesamtproblematik und mit dem Hintergrund der Diskussion auf höchster Bundesebene zur „Strompreisbremse“ die Ansiedlung erneuerbarer Energien auch unter dem Aspekt betrachtet werden sollte, dass dem Netzbetreiber, hier die Stadtwerke Wittenberg, enorme zusätzliche Kosten entstehen. Er verdeutlichte, dass die Stadtwerke Wittenberg für die Einspeisung 20 Mio. EURO Kosten extra zu den normalen Instandhaltungs- und Wartungskosten benötigt. Diese werden regional umgelegt, d.h., sie werden direkt an die hier lebenden Bürger und ortsansässigen Betriebe weiter gegeben. Immerhin ist Sachsen-Anhalt der dritthöchste Einspeiser an erneuerbaren Energien im ganzen Bundesgebiet.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gab, informierte der Vorsitzende über das Abstimmungsergebnis aus dem Bauausschuss und lies danach über die Beschlussvorlage abstimmen.

Mitglieder		Abstimmungsergebnis			
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
32	28	0	9	14	5

Die Beschlussvorlage wurde mehrheitlich abgelehnt.

4. Anfragen, Anregungen und Mitteilungen

Stadtrat K.-H. Schröter sprach die Problematik des Fortbestandes der Grundschulen in den Dörfern an, welcher der demographischen Entwicklung geschuldet ist. Die in den nächsten Jahren geforderten steigenden Schülerzahlen sind kaum erreichbar und stellen den Fortbestand in Frage. Um dem gegen zu wirken sollte versucht werden, die Zuordnung der Schuleinzugsbereiche der Grundschulen im ländlichen Bereich zu ändern.

Nachdem es keine weitere Anfragen und Mitteilungen gab, beendete der Vorsitzende diese Sitzung.

Coswig (Anhalt), den 31.1.2013

Nössler
Stellv. Vorsitzender des Stadtrates

Engel
Protokollantin